

Die Diskussion ist schon in vollem Gange, als Gero Tuttlewski in den Saal hastet. Er lässt sich auf einen der hinteren Stühle im Plenum fallen und hört der Debatte zu. Es ist eine Tagung von Hamburger Architekten, Männer in eng geschnittenen Anzügen und Frauen in farblich abgestimmten Kostümen sprechen über Visionen der Flüchtlingsunterbringung. Schöne Bilder, smarte Sätze.

Dann steht Tuttlewski auf, zieht sein kariertes Hemd zurecht, während ihm das Mikrofon gereicht wird. »Guten Tag«, sagt er, »Tuttlewski, ich bin Anwalt.« Er habe gerade einen Eilantrag am Gericht abgegeben, um den Bau einer Flüchtlingsunterkunft zu verhindern. Nun wolle er mal die Sicht der Anwohner, seiner Mandanten, schildern. »Die Leute fühlen sich überrollt«, sagt der 43-Jährige. Eine Unterkunft für 3400 Flüchtlinge in einem Stadtteil mit 1300 Bewohnern: »Das kann doch nicht gut gehen.« Es gehe nicht um Fremdenfeindlichkeit oder Ressentiments, es gehe um Verhältnismäßigkeit und Integration. So viele Flüchtlinge auf so engem Raum, wie solle das funktionieren? Dann setzt er sich wieder hin.

Tuttlewski tritt nicht mehr häufig öffentlich auf, zu viel zu tun. Aber wenn, dann sagt er eigentlich immer das Gleiche. Und entweder applaudieren die Leute wie verrückt – oder gar nicht.

Heute klatscht niemand. Es ist keine Feindseligkeit, die ihm entgegenschlägt, eher Distanz. Architekten sind hier, Städteplaner, und die meisten haben in anderen Worten formuliert, was Tuttlewski eben gesagt hat. Aber ihm zustimmen? Will niemand so richtig. Später, in der Mittagspause, wird der Anwalt am Rand stehen, gemeinsam mit zwei älteren Herren, die Bürgerinitiativen gegründet haben, um die ihrer Meinung nach überdimensionierten Flüchtlingsunterkünfte zu verhindern. Wäre die Veranstaltungshalle ein Schulhof, es wäre nicht schwer, die Außenseiter zu erkennen.

Gero Tuttlewski hat einen Ruf, der wie ein Parteiaufkleber an ihm klebt. Das ist der Mann, steht auf diesem Abzeichen, der die Flüchtlingsunterkünfte verhindert. Der Mann, der die Stadt verklagt titelte das *Hamburger Abendblatt*. Es gibt in Hamburg kaum einen Bezirk, in dem Anwohner nicht rechtlich gegen ein Bauprojekt für Flüchtlinge vorgehen – und fast überall ist Tuttlewskis Kanzlei Klemm & Partner involviert. Elf Klagen gegen Flüchtlingsunterkünfte betreuen die Anwälte zurzeit in der Stadt, 15 weitere im ganzen Land sind in Vorbereitung. Und fragt man ihn, wo das hinführe, sagt er: »Ich fange ja gerade mal an.«

Dabei wird der Konflikt schon jetzt heftig geführt. Es ist ein Streit um Paragraphen und um Werte. Darüber, wie flexibel ein Rechtsstaat sein muss, und darüber, wann er überdehnt wird und seine eigenen Maßstäbe verletzt. Es ist eine Auseinandersetzung, in der es darum geht, wie Flüchtlinge in Großstädten untergebracht werden sollen, darum, wie viele Zugeständnisse nötig sein werden.

Hamburg-Bergedorf, ein geräumiges Eckbüro am Stadtrand, das aber eng wirkt, wenn Tuttlewski darin steht. Der Anwalt ist rund zwei Meter groß, massig und zugleich weich im Ton, man hört ihm gern zu. Zum Fremdenfeind taugt er so wenig, dass man sich fast schämt, darüber nur nachgedacht zu haben. Er sei ein »kleiner Provinzanwalt«, sagt Tuttlewski. Seit 13 Jahren mache er den Job nun, 13 Jahre Baurecht. Elf Jahre lang bestand sein Alltag vor allem daraus, Abstandsflächen zu berechnen. Die Frage zu erörtern, wie viel Lärmbelastung vertretbar ist. Oder zu kämpfen, dass aus einem Geschäft eine Spielhalle werden darf.

Provinzanwalt, das stimmt wohl mal, seit rund zwei Jahren aber ist es Koketterie. Mit seinen Klagen treibt der Anwalt die Hamburger Stadtverwaltung vor sich her. Tuttlewskis Verwandlung vom Provinzanwalt zum »Mann, der die Stadt verklagt«, ist eine Reise über die Etappen der vergangenen beiden Flüchtlingsjahre – und sie beginnt mit einem Anruf aus dem Hamburger Nobelviertel Harvestehude.

Benedikt Schramm führt in seine lichtdurchflutete Küche, ein Raum, hoch wie eine kleine Kapelle, und lässt Kaffee aus einer in die Wand eingebauten Maschine laufen. Harvestehude, das ist ein Stadtteil, in dem Geländewagen vor weißen Villen stehen, die Alster in Blickweite. Schramm, ein quirliger Mann mit Glatze und festem Händedruck, arbeitet als Interimsmanager oft im Ausland. Aber wenn er da ist, sagt er, liebt er die Ruhe.

Es ist inzwischen gut zwei Jahre her, dass diese Ruhe bedroht wurde, als die Stadt bekannt gab, hier ein Flüchtlingsheim einrichten zu wollen: 220 Flüchtlinge sollten ins ehemalige Kreiswehersatzamt ziehen, ein leer stehendes Gebäude gleich neben Schramms Haus. Der 56-Jährige und andere fanden: 220, das ist viel zu viel. Nicht zu vereinbaren mit der Struktur der Nachbarschaft, nicht zu vereinbaren mit dem Bebauungsplan des Viertels. Also beschlossen sie, zu klagen. Einige

wenige Buchstaben: Gelten Flüchtlingsunterkünfte als »wohnen« – oder nur als »wohnhähnlich«? In einem »besonders geschützten Wohngebiet« ist lediglich »Wohnnutzung« zulässig. In einem Flüchtlingsheim, so das Gericht, werde jedoch nicht gewohnt, es handele sich lediglich um »wohnhähnliche Nutzung«. Und für soziale Nutzung seien nur kleine Anlagen zulässig. 220 Bewohner waren zumindest im damaligen Verhältnis aber nicht klein.

Während die Stadt also händeringend nach Flächen suchte, um Flüchtlinge unterzubringen, stritten sie in Harvestehude über Details des Baurechts. Manche fanden das absurd, Tuttlewski fand es gerechtfertigt. Man könnte sagen: aus Prinzip.

Es ist ein abstrakt klingendes Wort, das Tuttlewski immer wieder benutzt: »Einzelfallgerechtigkeit«. Nur weil es sinnvoll ist, Flüchtlinge auch in reicheren Stadtteilen unterzubringen, heiße das nicht, dass man es einfach durchdrücken könne –

ein und größtenteils Familien, auf Anwohnerwunsch »handverlesen«, wie Kritiker lästerten.

Der Prozess um die Sophienterrasse machte ihn beides zugleich: berühmt und berüchtigt. Berüchtigt, weil ein Anwalt, der reiche Hamburger bei ihren Klagen gegen eine Flüchtlingsunterkunft vertritt, ein wunderbares Klischee ist. Überregionale Zeitungen berichteten, TV-Sender klopften die angeblichen Millionäre an der Alster auf fremdenfeindliche Ressentiments ab. Bei Tuttlewski rief eine Reporterin an und fragte, was er gegen Flüchtlingskinder habe. Der klassische Konflikt, Arm gegen Reich, Manager gegen Migranten.

Tuttlewski entwickelte sich zum Feindbild, weil sich die Kläger kaum öffentlich äußerten und der Anwalt zu einer Art Pressesprecher wurde. Dieser Tuttlewski, sagen seine Gegner, sei dafür verantwortlich, dass Tausende Flüchtlinge in Baumarkthallen schlafen müssen, auf schmalen Feldbetten,

Harvestehude machte Tuttlewski aber auch berühmt: Je länger der Fall andauerte, je öfter die Zeitungen darüber schrieben, desto mehr Anfragen kamen in seiner Kanzlei an. Es gibt in Hamburg inzwischen einen gut organisierten Widerstand gegen die Flüchtlingspolitik des Senats. Tuttlewski hat daran seinen Anteil. In allen Bezirken gibt es Bürgerinitiativen, die gegen Unterbringungen protestieren – und in fast jeder Initiative werden einige Mitglieder von Tuttlewski rechtlich vertreten. Der Anwalt ist zu einer Art inoffiziellem Spindoktor des Bürgerprotests geworden. Spricht man mit den neuen Aktivisten, hört man oft Sätze wie: »Drei Leute sind Querulanten, drei Leute in einem Verein sind schon eine Bürgerinitiative – das hat uns Tuttlewski mit auf den Weg gegeben.«

Gemeinsam haben die Bürgerinitiativen inzwischen eine Volksinitiative gestartet, innerhalb von fünf Tagen sammelten sie 26 000 Unterschriften. Eine Machtdemonstration. Sollte Bürgermeister Olaf Scholz nicht auf ihre Forderungen eingehen, so drohen sie, würden sie die Großunterkünfte notfalls per Volksentscheid verhindern. Man hört im Senatsumfeld immer wieder, Tuttlewski mache ja nur seine Arbeit, aber eines sei schon ärgerlich: dass er sie so gut mache.

Es ist dabei kein Zufall, dass sich gerade in Hamburg die Klagen derart häufen. Für die Verteilung von Flüchtlingen auf die Bundesländer ist der sogenannte Königsteiner Schlüssel verantwortlich, ein Maßstab, der sich nach Bevölkerungszahl und Steueraufkommen richtet. Wie viel Platz zur Verfügung steht, wird nicht berücksichtigt. Als reich und einwohnerstarker Stadtstaat muss Hamburg deshalb viele Flüchtlinge auf wenige freie Flächen verteilen: Die Stadt hat ungefähr 0,2 Prozent der Fläche Deutschlands, muss aber 2,5 Prozent der Flüchtlinge unterbringen. Nirgends sonst ist dieses Verhältnis so ungleich.

Um die Unterbringung zu erleichtern, sollte eine Reform des Baugesetzes helfen: Bis 2019 soll für Flüchtlinge unter einfacheren Bedingungen gebaut werden, so sieht es ein neuer Paragraf vor, den die Bundesregierung im Sommer erließ. Der Bebauungsplan wird bei diesen Projekten nachgeliefert, wenn die Gebäude schon stehen. Es gibt also deutlich weniger Mitsprache, dafür geht es schneller. Bis Ende 2016, innerhalb von anderthalb Jahren, sollten Wohnungen für mehr als 20 000 Menschen entstehen. Fast alle Quartiere plante der Senat auf Basis des neuen Paragrafen.

Aber was, wenn dieser Paragraf nicht standhält? In den meisten Prozessen, sagt Tuttlewski, könne man zwar nichts holen. Bei manchen gewinnen die Kläger aber auch in Reihe, zum Beispiel in Klein Borstel, einem wohlhabenden Viertel im Norden. Tuttlewski hat hier vor dem Verwaltungsgericht durchgesetzt, dass die Stadt alle Alternativen ausschöpfen muss, bevor sie vom neuen Baurecht-Paragrafen Gebrauch machen darf. Erst müssen alle Industrie- und Landschaftsschutzgebiete vollgebaut sein, dann dürfte eine Flüchtlingsunterkunft in Klein Borstel entstehen. Würde Tuttlewski in letzter Instanz gewinnen, es ließen sich wohl Flüchtlingsheime im ganzen Land rechtlich angreifen.

Ein Abend im Dezember, die CDU hat ins Hamburger Rathaus zu einer Diskussion zur Flüchtlingsunterbringung geladen, der Saal ist voll mit Aktivisten aus Bürgerinitiativen, voll mit Gegnern des Senats. Tuttlewski ist CDU-Mitglied, eher Karteileiche als aktiv, aber dennoch: Der Saal ist voller Unterstützer. Gero Tuttlewski sitzt auf dem Podium und referiert zur Flüchtlingskrise. Dies sei nicht nur eine humanitäre Krise, es handele sich vor allem um eine Verwaltungskrise. »Die Politik arbeitet im Notstandsmodus«, sagt er, »und das ist eigentlich die schlimmste Erkenntnis von allen.« Er mache sich Sorgen um die Mitbestimmungskultur. Die Menschen hätten nichts gegen Flüchtlinge. Sie hätten nur nicht mehr den Eindruck, die Integrationslast, die ihnen da aufgebürdet wird, tragen zu können. Deshalb habe er als Anwalt eine neue Aufgabe bekommen: »Wir versuchen, den Leuten eine Stimme zu geben.« Und dieses Mal klatscht fast jeder im Saal.

## Gero Tuttlewski verhindert gern Flüchtlingsheime. Streitet der Anwalt für Fremdenfeinde, oder verteidigt er den Rechtsstaat?



Der Hamburger Anwalt Tuttlewski (links). Demonstration und Gegen demonstration in Blankenese: Bäume oder Flüchtlinge?

# Der Flüchtlingsschreck

VON SEBASTIAN KEMPKENS

Kanzleien hätten abgesagt, wohl aus Angst, sich mit dem Hamburger Senat anzulegen, vermutet Schramm, oder sich in ein Thema zu verheddern, bei dem man vor allem verlieren kann. »Aber Tuttlewski nicht, der ist so Anti-Glamour, so Anti-Mainstream, dem war das egal.«

Tuttlewski stattete Schramm bald einen Besuch ab, dann stellte er, wie vor jedem Mandat, seine Prognose der Gewinnwahrscheinlichkeit vor. 75 Prozent, mindestens. Was politisch auf ihn zukam, berechnete er nicht ein. Er habe keine Ahnung gehabt, sagt er. Es folgte ein Prozess, der im Rückblick aus der Zeit gefallen erscheint: 220 Flüchtlinge, vor zwei Jahren war das eine größere Unterkunft. Heute wirkt sie lächerlich klein. Andersorts baut die Stadt Camps für bis zu 3000 Menschen.

Es wurde aber auch ein Prozess, der einen Vorgeschmack darauf gab, worum es beim Streit über Flüchtlingsunterkünfte künftig gehen würde: um Nuancen des Baurechts. In der ersten Instanz des Streits an der Sophienterrasse ging es im Kern um

obwohl Bebauungspläne dagegen sprechen. »Im Fokus meiner Arbeit steht nicht der Flüchtling«, sagt Tuttlewski, »sondern die Verwaltungsentscheidung, die Größe der Unterkunft.« Man mache sich mit diesen Klagen nicht beliebt, aber man sichere den Rechtsstaat. Wer das Prinzip verletzt, so sagt er, der verliert am Ende alles. Aber reicht das, sich zurückzuziehen auf Bebauungspläne aus einer anderen Zeit? Schon die Frage empört ihn. Recht sei eben nicht disponibel, und die »Gutsherrenart«, mit der Politiker über es verfügen würden, sei einer der Gründe für die zunehmende Politiktäuschung. Wenn er ein Mandat annimmt, sei es nicht nur ein Auftrag, dann stehe er dahinter. Tuttlewskis Klagen, so sieht er das, sind Feldzüge für den Rechtsstaat.

In Harvestehude stand er hinter der Sache, und er hatte Erfolg, gewann Eilbeschluss um Eilbeschluss. Erst als die Stadt drohte, den Bebauungsplan zu ändern, musste er einlenken und sich mit der Verwaltung auf einen Kompromiss einigen. Statt 220 Flüchtlingen zogen schließlich nur 190

abgetrennt nur durch Baustellenzäune. Er habe Schuld daran, dass nicht genügend Wohnungen gebaut werden für all die Flüchtlinge. Und an ihm liege es auch, dass sie sich nicht integrieren könnten – wie sollten sie das schaffen, wenn sie in ihren Massencamps bleiben müssten? Ein SPD-Bezirkspolitiker schrieb auf Facebook: Dieses »Verhindern von Standorten«, das Tuttlewski betreibt, dieses »Geschäftsmodell«, halte er persönlich für »so legitim wie Waffenhandel oder Prostitution«.

Tuttlewski spricht nüchtern über solche Angriffe, lakonisch. Es stimme ja: Er habe schon mal einen Bordellier vertreten, und auch der größte Waffenhändler der Republik sei sein Kunde gewesen – der Staat. Dass ihn Drohanrufe auch einschüchtern, gibt er erst nach vielen Nachfragen zu. Er habe mal einen Fall gehabt, bei dem es darum ging, eine Moschee zu verhindern. Da habe er Drohungen bekommen, die ein echt flaes Gefühl hinterlassen hätten. »Die Linken«, sagt er, »zündeten einem das Auto an oder warfen Farbbeutel, aber man wird immerhin nicht in die Luft gesprengt.«

ANZEIGE

**Ja, ich lese DIE ZEIT 3 Monate zum Sonderpreis!**

Ich lese DIE ZEIT 3 Monate lang für nur 37,40 € statt 61,10 € im Einzelkauf. Zudem erhalte ich den kostenlosen Newsletter »ZEIT-Brief«. Wenn ich mich nach der 12. Ausgabe nicht melde, beziehe ich DIE ZEIT 52x im Jahr für zzt. nur 4,40 € pro Ausgabe frei Haus statt 4,70 € im Einzelkauf. Ansonsten reicht eine formlose Mitteilung an den Leser-Service. Mein Geschenk darf ich in jedem Fall behalten. Der Versand erfolgt nach Eingang der 1. Zahlung. Angebot nur in Deutschland gültig. Auslandspreise auf Anfrage. Diese Bestellung kann binnen 14 Tagen ab Erhalt der 1. Ausgabe ohne Angabe von Gründen formlos widerrufen werden. Ihr Abonnement ist auch danach jederzeit kündbar. Ausführliche Informationen zum Widerrufsrecht unter [www.zeit.de/wr](http://www.zeit.de/wr).

Mein Geschenk:  
ZEIT-Notizbuch »70 Jahre« + Schreibset »Noblesse«

Anrede/Vorname/Name \_\_\_\_\_  
Straße/Nr. \_\_\_\_\_  
PLZ/Ort \_\_\_\_\_  
Telefon (für eventuelle Rückfragen) \_\_\_\_\_ E-Mail (dient als Benutzernamen für die digitale ZEIT) \_\_\_\_\_  
 Ich zahle per Bankeinzug und erhalte 2 weitere ZEIT-Ausgaben kostenlos!  
IBAN/ersatzweise Konto-Nr. \_\_\_\_\_  
BIC/ersatzweise Bankleitzahl \_\_\_\_\_ Geldinstitut \_\_\_\_\_  
 Ich zahle per Rechnung

Unsere Empfehlung:  
 Ja, ich möchte zusätzlich für nur 0,60 € statt 4,10 € pro Ausgabe (0,50 € E-Paper-Anteil) die digitale ZEIT beziehen – DIE ZEIT als E-Paper, App, Audio und für den E-Reader.

Ich bin Student und spare nach dem Test über 43%, zahle zzt. nur 2,65 € pro Ausgabe und erhalte DIE ZEIT 52x sowie das Studentenmagazin ZEIT CAMPUS 6x im Jahr separat zugeschickt. Meine gültige Immatrikulationsbescheinigung füge ich bei.

Ja, ich möchte von weiteren Vorteilen profitieren. Ich bin daher einverstanden, dass mich DIE ZEIT per Post, Telefon oder E-Mail über interessante Medien-Angebote und kostenlose Veranstaltungen informiert.

Datum \_\_\_\_\_ Unterschrift \_\_\_\_\_

**DIE ZEIT, Leser-Service, 20080 Hamburg**  
**040/42237070 • 040/42237090 • [abo@zeit.de](mailto:abo@zeit.de)**

\*Bitte jeweilige Bestellnummer angeben  
Anbieter: Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. KG, Buceriusstraße, Hamburg

Bestellnr.: 1508887 H15/H15 • 1508888 H15/H15 • 1508889 H15/H15 • 1287445 Digital

# Jetzt 3 Monate lesen und 38% sparen!



Nehmen Sie sich mehr ZEIT für das Wesentliche, und genießen Sie das gute Gefühl, immer bestens informiert zu sein. Im Mini-Abonnement lesen Sie 13 Ausgaben für nur 37,40 € und sparen über 38% gegenüber dem Einzelkauf. Als Dankeschön erhalten Sie zusätzlich zwei Geschenke!

Ihr Geschenk:  
**Notizbuch + Schreibset**

[www.zeit.de/abo](http://www.zeit.de/abo)

**DIE ZEIT**